



Berlin, 13.11.2025

Amaro Foro e.V. und MIA-Bund verurteilen antiziganistische Äußerungen von CDU-Abgeordnetem Timur Husein aufs Schärfste

Amaro Foro e.V. und die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA zeigen sich zutiefst empört über die jüngsten Äußerungen des Berliner CDU-Abgeordneten und Antisemitismusbeauftragten der Berliner CDU-Fraktion, Dr. Timur Husein, in sozialen Medien.

In einem öffentlichen Beitrag auf Instagram und X bezog sich Husein auf die Kandidatur Elif Eralps für die Berliner Bürgermeister*innenwahl 2026 und sprach in diesem Zusammenhang von „illegalen Sinti & Roma (Zigeuner) aus dem Ausland“. Diese Formulierung ist in mehrfacher Hinsicht inakzeptabel: Sie stellt einen unzulässigen Zusammenhang zwischen der Minderheit der Sinti und Roma und vermeintlich „illegaler Einwanderung“ her und reproduziert damit jahrhundertalte antiziganistische Stereotype.

Darüber hinaus ist die Verwendung des Wortes eine rassistische und tief verletzende Fremdbezeichnung. Unter dieser Bezeichnung wurden Sinti und Roma während der nationalsozialistischen Verfolgung stigmatisiert, verfolgt und ermordet. Ihnen wurde in den Konzentrationslagern der Buchstabe „Z“ in die Haut tätowiert – als Zeichen der Entmenschlichung und Vernichtung. Durch das NS-Regime wurden 500.000 Sinti und Roma ermordet. Die Verwendung dieses Begriffs ist daher retraumatisierend und abwertend. Dass ein deutscher Abgeordneter diesen Begriff heute öffentlich nutzt, stellt eine unerträgliche Verhöhnung der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords dar.

Im Übrigen weisen Amaro Foro e.V. und MIA darauf hin, dass Eralp in den Aussagen, auf die sich Husein bezieht, explizit die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Sinti und Roma als Opfer des NS-Genozids betont hat und sich daher für ein Bleiberecht für Angehörige dieser Minderheit einsetzt. Genau diese Forderung wurde auch von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in ihren Empfehlungen ausgesprochen. Ein verantwortungsvoller demokratischer Politiker sollte sich mit diesen Forderungen ernsthaft auseinandersetzen, anstatt sie für populistische Polemik zu instrumentalisieren. Gerade als Antisemitismusbeauftragter sollte Herr Husein die Bedeutung einer inklusiven und verantwortungsvollen Erinnerungskultur kennen und achten. Seine Äußerungen stehen im klaren Widerspruch zu dieser Verantwortung und gefährden das Vertrauen in politische Ämter, die dem Schutz vor Diskriminierung dienen sollen.

Amaro Foro e.V. und MIA-Bund betonen: Wer Antisemitismus bekämpfen will, muss auch Antiziganismus klar benennen und verurteilen. Beides sind Erscheinungsformen derselben Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Zudem weisen beide Organisationen darauf hin, dass viele Angehörige der Minderheit deutsche Staatsbürger*innen sind, als EU-Bürger*innen ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen oder als Geflüchtete in Deutschland Schutz suchen. Die Behauptung, es handele sich um „illegale Migrant*innen“, ist daher nicht nur falsch, sondern diffamierend.



Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Prinzenstraße 84.1 | 10969 Berlin | www.antiziganismus-melden.de | info@mia-bund.de

Als gewählter Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied der Enquetekommission „Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung“ trägt Herr Husein eine besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Frieden und den respektvollen Umgang mit Minderheiten. Seine Aussagen stehen im klaren Widerspruch zu diesen Aufgaben.

Amaro Foro e.V. und MIA-Bund fordern daher:

- eine öffentliche Entschuldigung von Dr. Timur Husein,
- eine klare Distanzierung der CDU Berlin und der Bundespartei von seinen Äußerungen,
- sowie eine Prüfung der politischen und dienstlichen Konsequenzen.

„Antiziganismus darf in keiner politischen Partei, keinem Wahlkampf und keiner öffentlichen Debatte Platz finden“, erklären Amaro Foro e.V. und MIA-Bund. „Verantwortung zu übernehmen bedeutet, diskriminierende Sprache und Haltung klar zurückzuweisen – gerade von Personen, die für den Schutz vor Hass und Ausgrenzung zuständig sind. Worte schaffen Realitäten – und Sprache, die Minderheiten abwertet, ebnet den Weg für Ausgrenzung und Gewalt.“

